

Wegweis des inneren Friedens vor den Anstaltsplänen der Anführer... die Demokratie zu vertheidigen mit Hilfe des Belagerungszustandes.

Wäre diese Beweisführung zureichend, so würde sie nichtbedeutend sein mit der Bankrotterklärung der demokratischen Staatsform, mit der Achtung der bürgerlichen Freiheiten, mit der Verewigung der Ausnahmeleggebung und der militärischen Willkürherrschafft.

In Wahrheit ist es den regierenden Herren oder auch gar nicht um die Demokratie und die Freiheit zu tun. In wirklich demokratischen Ländern wird die Staatsgewalt, wird die berühmte "Reue und Ordnung" aufrechterhalten ohne Aufgebot militärischer Anstaltspläne, ohne Stabilisierung eines Ausnahmezustandes, ohne Auferhebung der bürgerlichen Freiheiten und der normalen Strafrechtspflege.

Doch alle diese Instrumente des bürgerlich-kapitalistischen Staates genügen den regierenden Rechtssozialisten nicht. Sie brauchen Ausnahmefälle, nicht um die feudale und bürgerliche Konterrevolution matt zu setzen, sondern um ihre eigenen Klassengenossen, denen es ernst ist mit der Durchsetzung ihrer sozialistischen Ziele, in Fesseln zu schlagen und mundtot zu machen.

Man braucht die regierenden Herren, die die Worte von Demokratie und bürgerlicher Freiheit nur als schöne Redensarten benutzen, hinter der sie ihre eigene Unfähigkeit und Prinzipienlosigkeit verbergen. Sie sind keine Sozialisten, ja nicht einmal Demokraten, sie sind einfach verfeindete Absolutisten, die sich noch weniger um Gerechtigkeit und Recht kümmern, als die Minister und Geheimräte aus der Reichsregierung.

Vom Paradies der Badogäfte und der Hölle der Landarbeiter.

Der Abschied wich schwer von Ding in heller Morgensonne... die Arbeiterschaft zu Bergen sucht man vergeblich den Freund, der als Führer durch dieses andere Älgen dienen soll.

Im Arbeiterrat zu Bergen sucht man vergeblich den Freund, der als Führer durch dieses andere Älgen dienen soll. Man plant mit den Arbeitern, als die Art sich ändert und hier sind fünf jugendliche Arbeiter eingetreten, als deren Sprecherin zwei Mädchen in unvollständigen sächsischen Dialekt ihre Wünsche und Klagen vortragen.

Was ich nun mit diesen 16 jugendlichen Landarbeitern erlebte, ist so typisch und zeigt alle Schäden dieser unüberlegten notgedrungenen Wanderungen so klar, daß es hier ausführlicher erzählt sei, zugleich als ein Ausschnitt aus den sozialen Zuständen Älgen, die ja durch die Landarbeiterbewegungen aktuell geworden sind.

Verhaftungen und Kriegsverbrechen, ungelegenen Verhaftungen und Kriegsverbrechen, ungelegenen Verhaftungen und Kriegsverbrechen, ungelegenen Verhaftungen und Kriegsverbrechen, ungelegenen Verhaftungen und Kriegsverbrechen.

Das ist die Wahrheit, wie sie sich aus der ungeschminkten Schilderung unserer politischen Zustände ergibt. Diese Zustände sind ein Schicksal für die großen Worte der regierenden Herren, sind eine Schande für das angeblich "befreite" republikanische Deutschland.

Die regierenden Herren, die ehemals, als sie noch in der Opposition waren, diese elementare politische Weisheit kannten, glauben sich jetzt hochmütig über sie hinwegsetzen zu können. Ja, sie gehen noch weiter als ihre Vorgänger, indem sie alle Mittel verheizen und die aufsteigende Stimmung immer tiefer in den Volksorganismus hineintreiben.

Schutz vor Selbstmord.

Als wir bei Bekanntwerden des "Reichsnotopfers" an diesen Entwurf, dessen ible Schwächen wir noch ausdenken werden, einige kritische Bemerkungen knüpften, war der "Vorwärts" sehr böse.

Das von der Regierung vorgeschlagene "Reichsnotopfer" ist ungerichtet, weil es die Landwirtschaft bevorzugt und weil die Höhe der Abgabe von der Ertragskraft der Abgabepflichtigen abhängt. Es ist unzuverlässig, weil es die Zahlung in Raten festsetzt und infolgedessen nur wenig zur sofortigen Verminderung der Reichsschulden beiträgt.

Die von der Regierung vorgeschlagene laufende Steuern belasten die Besessenen sehr wenig, die Besessenen sehr stark. Zu verwerfen ist vor allem die Erhöhung der Grundersteuer.

Wir fordern von der Regierung, daß sie "das Reichsnotopfer" durch eine gerechte große Vermögensabgabe ersetzt, durch die sofort mindere die Hälfte der Reichsschulden abgetrieben und die weitestgehende Reduktion der Staatsausgaben bewirkt wird.

Das ist sehr ruhig gesagt, enthält aber nichtskleiniger ein vernichtendes Urteil über die Steuer-

ihnen unterschrieben. Die Löhne und das Debitat waren an sich nicht ausreichend. Als sie aber auf das Gut kamen und in einer alten Polentafabrik untergebracht wurden, erklärten sie, die Arbeit in Sachsen nicht verlohnen zu sein, vor dieser Belohnung. Der Führer erklärte selbst, daß er sie hier gar nicht lassen könnte, war aber nach einer persönlichen Aussprache mit dem Gutbesitzer der Meinung, daß die Schließung der Fabrik nicht zu vermeiden sei.

Die erwachsenen Männer und Frauen, die noch über eigene Vermittel verfügten, gingen nach weichen Tönen wieder nach Sachsen zurück. Sie ließen ganz unvollständig die halb erwachsenen auf dem Gute. Nun sollten sie dort schwere körperliche Arbeiten verrichten, denen diese sächsischen Industriearbeiter nicht gewachsen waren. Auf ihre Einwände gegen diese Beschäftigung sagte der Besitzer, ohne die Erwachsenen kann ich auch nicht gebrauchen, wenn Ihr das nicht machen könnt, könnt Ihr gehen.

pointe der Regierung. Der "Vorwärts" hatte sich also die Polemik gegen uns sparen können. Gutbergg wie wir sind, möchten wir der "Vorwärts"-Redaktion überhaupt raten, sich in allen politischen, ökonomischen und besonders in allen sozialistischen Fragen ganz auf unsere Sachkenntnis zu verlassen, und jedesmal ein paar Tage zu warten, wenn er gegen uns Einwendungen machen will.

Muß er doch z. B. jetzt auch gegen die Wirtschaftliche Planwirtschaft, die er früher so leidenschaftlich gegen uns verteidigt hat, zu Felde ziehen und sich dabei ebenso wie sein Ministerpräsident Bauer genau der Argumente bedienen, die wir seinerzeit angeführt haben.

Für heute nur die wohlmeinende Mahnung zu etwas größerer Ruhe und Vorsicht. Wir hoffen, daß der "Vorwärts", belehrt durch die peinlichen Erfahrungen, diese Mahnung dankbar beherzigen wird.

Herr Ministerpräsident!

Sie haben in Ihrer Rede am Mittwoch viele schöne Worte von Demokratie, bürgerlicher Freiheit und ähnlichen Dingen gesprochen. Was Sie gestern ausführten, das war das Programm Ihrer Regierung. Was werden Sie nun tun, um dieses Programm auch durchzuführen?

Veranlassung zu diesen Fragen gibt uns das Folgende: In Westfalen wird seit Wochen die Verabsolung der linksradikalen Presse an die Abonnenten durch die Militärbehörden verhindert. Auch die "Freiheit" dort ihren Lesern in diesem Bezirk nicht zugestellt werden. Ähnlich geht es in Schlesien zu.

Derartige Eingriffe in die Pressefreiheit hat sich noch nicht einmal die wilhelminische Regierung erlaubt. Wir verlangen, daß dieser Willkür sofort ein Ende gemacht wird!

Verflechtung des Falles Radel.

Zu unserer Notiz, daß die Untersuchung gegen Karl Radel auch nicht den geringsten Schweregrad erreicht habe, daß aber trotzdem die Staatsanwaltschaft zögere, die Einleitung des Verfahrens und die sofortige Haftentlassung Radel zu beantragen, daß ferner die deutsche Regierung noch immer keine definitive Erklärung hinsichtlich der Frage des Austausch Radel mit gefangenen Deutschen in der Ukraine gegeben habe, ersuchen die Politisch-Parlamentarischen Redaktionen von zupfändiger Seite folgendes:

Das Auswärtige Amt kann endgültige Vereinbarungen mit der Sowjetregierung nicht früher treffen als bis zur Einleitung der Voruntersuchung gegen Karl Radel. Die Voruntersuchung ist noch nicht eingeleitet. Zur Zeit beschäftigt sich das Reichsamt mit der Frage, welche Garantien notwendig sind, um ein Wiedererscheinen des bolschewistischen Propagandachefs in Deutschland hinanzuhalten.

Wenn die Regierung sich auf diesen formalistischen Standpunkt stellt, daß zunächst die Einleitung der Voruntersuchung abgewartet werden müsse, so muß eben mit größter Entschiedenheit gefordert werden, daß die Staatsanwaltschaft hier mindere mit derselben Energie und Schnelligkeit Einstellung und Aufhebung der Verhaftung beantragt, mit der sie vorgeht, wenn es sich um die Verhaftung verdächtigter Personen handelt.

wieder über die Unbilligkeit dieser Augenblicke, mit der sie mit ungenügendem Reisegeld, ungenügender Bekleidung der Heimat zustrebten. Es war bei vielen wohl eine Art kumpfer Gleichgültigkeit, denn die Spracherheben kosteten immer wieder, daß wenn die Radel nicht einen Tag ruhierten, die Jungen überhaupt nichts sagten. Die erwachsenen Männer und Frauen hätten sich gar nicht um sie gekümmert, und die beiden Mädchen mußten alle Verhandlungen führen und für alles sorgen.

Als ich meinem Freunde von diesem Landarbeiterleben erzählt, lächelte er ironisch und meinte, wenn wir allen helfen sollten, die hier durchkommen! Keulich war ein Hamburger hier und Bremer, auch hergekölt unter halben Vorhüllungen und mit hatten ganz ähnliche Schwierigkeiten. Darüber konnte ich freundschaftlich erzählen.

Eine monarchistische Demonstration.

Soll dir im Siegerkranz!

Seit einigen Tagen ist in den Räumen des Kaiser-salles in der Luisenstraße die Eisenerne Eskadron ein-quarteriert, die zum Garde-Kavallerie-Regiment gehört und der die Aufgabe zugewiesen war, bei etwaigen Unruhen während der internationalen Demonstration am Montag ihre Geschütze spielen zu lassen. Gestern vormittag zog die Eisenerne Eskadron zu einer Truppenübung nach Moabit. Dem Zuge voran marschieren Reiter, dann folgten Minenwerfer, Artillerie, Maschinen-gewehre und andere Fahrzeuge, gefolgt mit der schwarz-weiß-roten preussischen Kriegsflagge. Auch die Reiter und die auf den Fahrzeugen stehenden Mannschaften trugen schwarz-weiß-rote Fahnen. Die Fahnen sind für diesen demon-strativen Zweck extra angeschafft worden. Denn sowohl das Tuch als auch die Fahnenstangen waren funktionsfähig.

Von Moabit aus zog die Truppe nach dem Wismar-den-Platz. Dort befahl der Kommandeur Graf v. Dassel die „Soll dir im Siegerkranz“ zu spielen. Als der Musikführer dagegen Einwendungen erhob, erklärte ihm der Graf: „Wenn du einer besseren musch, so wird er auf die Schanze geschlagen, bis er nicht mehr aufsteht!“ Auf dem Marsch von Moabit nach dem Wismar-den-Platz begleiteten Schulkinder vom Kriminal-gericht den Zug und schrien dann vor dem Denkmal den Wahlspruch der monarchistischen Demonstration einen ungeschrien ab, damit die monarchistische Demonstration einen ungeschrien abnehmen konnte. Am heutigen vormittag haben sich die Demonstrationen wiederholt. Auch der „Vorwärts“ ist gezwungen, dagegen Stellung zu nehmen.

Kapitalistische Streikprovokateure.

Köstlich entzückt sich die bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“ über das Streikbrechen der Arbeiter. Die Arbeiter sind es, die durch ihre Streiklast den Wiederaufbau Deutsch-lands unmöglich machen und unser Volk ins Verderben stürzen. Das ist eine elende Heuschrecke. Einmal sind es die Provokateure der Regierung und der Militärs, die durch ihre Unfähigkeit und Brutalität die Arbeiter zum Streik verleiten, und zum anderen sind es die Unternehmer, die sich immer mehr als die Herren im Hause fühlen und ihre Herrschergefühle gar nicht mehr zu zügeln vermögen.

Wiederum steht eine gewaltige Erschütterung des Berliner Wirtschaftslebens bevor, wiederum soll die größte Industrie-gruppe, die Metallindustrie in einen voranschreitlich wochenlangen Streik getrieben werden. Aber nicht die Arbeiter sind es, sondern die Unternehmer, die mit allen Mitteln auf diesen Streik hin-arbeiten. Der Bericht über die Generalversammlung der Metallarbeiter, den wir in unserer heutigen Morgenansage bringen, läßt die große Gefahr erkennen, die durch das Ver-sagen der Unternehmer heraufbeschworen wird. Den Unter-nehmern scheint es aber gar nicht schnell genug zu gehen. Noch nehmen sie Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium statt, die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium statt, die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium statt, die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium statt.

Am 25. 4. 19 wurde zwischen der Direktion der Siemens-werke und der Arbeiterchaft eine Vereinbarung getroffen, doch infolge der Verweigerung am schwarzen Brett über Ver-weigerungsangelegenheiten beim Arbeiterrat gegengerechnet werden mußten. Bis zum 19. 7. 19 ist bei allen Vorschlägen auch dem-gemäß verfahren worden. Am 19. 7. 19 brach die Verweigerung ohne die Gegengerechnung des Arbeiterrates. Die Arbeiterchaft hat diese Angelegenheit nicht beachtet und entfernt. Daraufhin hat die Direktion 41 Vertrauens-leute, Ausschussmitglieder und Arbeiterde-putierten entlassen. Diese Maßnahme erzeugte eine ungeheure Er-regung innerhalb der Arbeiterchaft und hatte die politische Re-gierung zur Folge. Die Direktion scheint auf Ganze zu gehen; kann sie heute sofort ein Ultimatum und verfügte, daß alle die-selben, die nicht innerhalb von 2 Stunden ihre Arbeit auf-nehmen, als entlassen zu betrachten sind. Demzufolge sind be-reits 14 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, weitere 20 000 werden folgen. Das ist der Anfang eines

Streiks, der den Reichsraum der noch heute zurückgebliebenen: „Wir gehen überhaupt nicht wieder fort.“ Ich sagte darauf immer: „Du sollst ruhig springen und nicht immer bei Muttern hocken, auch aber vorher unterrichten. Auch um die Arbeiterbewegung kümmern, damit ihr überall Hilfe habt.“

Dieses Streikereignis mit den schäffischen Tugendstücken im Reichlichen Bergen auf Hagen zeige mit Hater als alle Theorie im Verein mit den Eindrücken, die ich sonst in dieser Stadt sammelte, was es mit der partakristischen Vererbung der Land-arbeiter durch Landbesitzer auf sich hat. Unmäßig erwacht auch diese Gedächtnis, durch Heberichs und den Sozialismus des Land-lesens“, wie Marx sagt, abstrakte Schicht des Proletariats. Es ist zunächst eine dumpfe Gärung und eine oft religiöse Auf-losung des Sozialismus durch die tätigen Genossen in kleinen Parteien und Kundgebungen, wie wir sie aus den Zeiten der sozialistischen Bewegung kennen. Der Sozialismus ist das Bewußtsein, die Volkswirtschaft der Bildung für die denkenden und härter kämpfenden unter den Eingeborenen der Landarbeiterschaft.

Kapitalistisch spielen auch Lohninteressen. Hoffnung auf eigene Schule und vieles andere bei der Bewegung eine Rolle. Für den weiter blühenden ist es aber klar, daß gerade hier auf dem Lande, wo einige Fürsten die ganze Insel besitzen, nur mit Lohn-erwerbungen nichts getan ist. Nur der Weg zu einer völligen Kulturveränderung, nicht Einkommensumwälzungen, sondern völlige Besitzveränderungen und Umorganisation der Wirtschaft können hier das Hebel helfen. Der Weg zu diesem Ziel ist hartnäckig und steil, aber er muß beschritten werden. Wie weit wir noch vom Ziele sind, das zeigt der Weg vom Café Gramm an der Strandpromenade in Vind, diese an die See verlegte Kaugummistraße zur Seite des Kleinbauern und Fischers mit einer Aue im primitiven Stall an der Vahnhofstraße desselben Vind, wo die Schüler Eduard Thabide die rationelle Wirtschaft des Kleinbauers studieren können, der sein Heu auf einer Wiese holen muß, die ein bis zwei Kleinbauernfamilien von seinem Heu lieg.

Auf der Strandpromenade aber spazieren bunt-bemalte Damen aus Berlin mit dem langen weißen Stöckchen, dessen un-erklärlich rohe Schleihe mehr kostet, als der Tagelohn eines Land-arbeiters. Man unterhält sich über die verschiedenen Pensionen, wo es den besten Fleckerln und das Hund Batter zu 25 Mark hinten herum gibt. Und bei den Klängen der Aurlappele steht ein gut gekleideter Herr aufeinander, daß der Sozialismus un-möglich sei bei einer zerrütteten Wirtschaft, die nur durch die

Riesenstreikes, der wahrscheinlich die ge-samte Metallindustrie Groß-Berlins still-legen wird.

Wie wohl gnyischer Freiheit die Unternehmern heute vorge-gehen waren, daß beweist die Kennerung eines Direktors der Firma Siemens, der erklärte: „Wenn dabei eine solche Ver-einbarung bestanden hat, so ziehe ich diese zurück.“ Herr v. Siem-ens ist uns als einer der gefährlichsten Schornsteine im Reize der Berliner Metall-Industriellen bekannt. Er weiß wie jeder andere, daß sich die Arbeiterschaft die einzigen Rechte, die ihr aus den Tagen der Revolution geblieben sind, nicht ohne Kampf nehmen läßt. Aber dieser Kampf scheint ja den Unternehmern sehr willkommen zu sein, sie glauben die Arbeiterschaft nieder-zuschlagen zu können; sieht ihnen doch Herr Roske mit seinen Truppen zur Verfügung. Wenn die Arbeiterschaft niederge-schlagen ist, dann ist der Weg zur maßlosen Ausbeutung frei, dann kann auch wieder der gelbe Werkereine in Tätigkeit treten, der ja bei der Firma Siemens bereits alle Vorkehrungen ge-troffen hat.

Die Arbeiterschaft steht diesem Treiben gelassen gegenüber. Sie sucht nicht den Kampf, aber sie wird ihn aufnehmen, wenn sie dazu gezwungen wird. Dann soll man aber nicht ihr die Verantwortung zuschieben. — Wir stehen im Stadium der sozialen Revolution. Zukünftige Klassenkämpfe werden ausge-fochten.

Die Arbeiterschaft wird gehäcrt und gehöhlt aus jedem dieser Kämpfe hervorgehen und den Weg freimachen zur Verwirklichung des Sozialismus.

Was geht im Baltikum vor?

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

Nach dem Friedensvertrag muß das Baltikum von deut-schen Truppen geräumt werden. In den letzten Tagen haben in Königsberg verschiedene von den deutschen Truppen im Baltikum hergelandete Offiziere erklärt, daß jene Truppen nicht daran denken, das Baltikum zu räumen. Mehrere Divi-sionen sind zur baltischen Landeswehr übergetreten! Bis vor kurzem waren noch 17 Waggons mit Material nach dem Baltikum abgegangen. Jetzt ist dieser Transport eingestellt worden. Was gedenkt die Regierung gegen die Aufrührer zu tun?

Streikstreik in Celle.

Celle, 24. Juli. (W. T. B.)

Die hiesige Arbeiterschaft ist heute in den allgemeinen Aus-stand getreten, um dadurch die Zurücknahme des vor vier-zehn Tagen angenommenen Trägersbataillons nach dem zu erzwingen.

Der Bergarbeiterstreik in England.

London, 23. Juli. (Reuter.) Unterhaus.

Hon. Law teilte mit, die augenblickliche Lage in den Kohlenbergwerken sei folgende: sechs Kohlenbecken sind erloschen, 17 Arbeiter in Gefahr zu erkranken. Der Streik hat sich in Derbyshire ausgedehnt, und in zwei Schäch-ten wurden die Pumparbeiten eingestellt. Dadurch befinden sich die Schächte in Gefahr. In Lancashire und Nottinghamshire ist die Lage unklar. In Nordwales be-findet sich noch ein großer Teil der Arbeiter im Ausstand, es ist jedoch beschlossen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine Entscheidung bezüglich der von den Arbeitern vorgebrachten Forderungen getroffen ist. Der Vollzugsausschuss der Berg-arbeiter wird morgen mit Lloyd George und Hon. Law zusammentreffen.

Die englischen Arbeiter gegen die Intervention in Rußland.

H.N. Haag, 24. Juli.

Aus London wird gemeldet: Der Verband der Berg-werker, Transport- und Eisenbahnarbeiter hat in geheimer Sitzung eine Abstimmung über die Frage vorgenommen:

Initiative des Kapitalisten, durch die rationelle Produktion, die das Interesse des Unternehmers verbürge, gerechtfertigt werden könnte. Bei einer energischen Handbewegung sinkt der Stillstand. Ich lade und denke, ein Exminister Helfrich, der auf dem herrlichen Schloß des Fürsten Douglas inmitten der schönsten „Mühenwälder“ diese schwere Zeit durchhält, mit dem Fürsten fast vor der Schloßtür. Ich denke an diesen Land-direktor und Exminister, der vielleicht an seine Schöpfungen des deutschen Volkswirtschaftens in der Publikumschrift für Wilhelm II. sich erinnert, an jenes Volkswirtschaften, das die Initiative der kapitalistischen Staatsmänner in einem vierjährigen Kriege so glänzend zu verpacken wußte, aber Helfrich und der Herr auf der Kurhausstraße trinken immer noch Kolla, und es ist dann leicht über die Sozialisten der Sozialismus zu philosophieren, und abends in Bing den spekulativen Geist des Kapitalismus im Glücksspiel anzuwenden.

Gerade dieser Bodeort, verglichen mit den Lebensverhält-nissen der Inselbewohner, der Kulturlosigkeit der Einwohner in materieller und geistiger Hinsicht, der Schein- und Barbaren-kultur der Bodeorie und ihrer Volkswirtschaften ruzt jenes Marxwort ins Gedächtnis, daß dem Volke in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts galt: „Das Paradies der Bourgeoisie und die Hölle des Proletariats.“ Man muß allerdings variieren: „Das Paradies der Kriegsgewinner und die Hölle der Land-arbeiter.“ Otto Jensen.

Theaternachrichten.

In der Volkshöhne, Theater am Wilhelmsplatz, gelangt am Freitag, den 25. d. M., der „Heilige Florian“, Satire von Real und Reichard, zum 20. Male zur Aufführung.

Fritz Krenn von der Staatsoper in Wien, Margarete Schlemmüller von der Brüsseler Oper und Helene Kall vom Stadttheater in Nürnberg, wurden für die im Monat August in der Volkshöhne, Theater am Wilhelmsplatz, statt-findenden Opernvorstellungen verpflichtet.

Lilla Durieux ist von Direktor Barnowski an das Lessingtheater verpflichtet worden.

Wolfgang Arlt de Padilla ist der Staatsoper auch für die kommende Spielzeit verpflichtet worden.

Das frühere königliche Schauspielhaus bewirbt folgende Werke von Gerhard Hauptmann vor: „College Crampson“, „Jahmann Henkel“, „Einjame Menschen“ und „Der arme

Man, ob die Mitglieder der Verbände bereit wären, einen ent-schiedenen Schritt gegen die militärische Intervention in Rußland und gegen die Haltung der Regierung im Arbeiterkonflikt zu un-ternehmen. Die Abstimmung ergab 211 Stimmen für den Aus-trag, 11 dagegen.

Meutereien der russischen Freiwilligen.

H. N. Haag, 24. Juli.

Aus London wird amtlich gemeldet: General Zrodide, der Befehlshaber der englischen Truppen in Nordrußland, meldet, daß die russischen Freiwilligen unter seinem Befehl in Archangelsk meuterten. Im Onega-Gebiet haben die Meuterer die Front ver-rückt und die Städte von Helsinki überliefern. Die Meutereien wurden insbesondere durch das starke Zunehmen der bolschewistischen Propaganda veranlaßt und auch durch die Erwägung, daß, wie jetzt beabsichtigt wird, die Engländer aus Nordrußland zurückgezogen werden und die russischen Freiwilligen allein den Bolschewiki gegenüberstehen müssen.

Die Zurückziehung der englischen Truppen aus Rußland.

H. N. Haag, 24. Juli.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhaus erklärt der Finanzsekretär des Kriegsamtes, daß die Engländer seit Abschluß des Waffenstillstandes in Rußland 411 Mannschaften verloren haben. Es wurde weiter mitgeteilt, daß die britischen Kriegs-schiffe im Japanischen Meer durch eine bolschewistische Flotte bedrängt wurden, die hauptsächlich aus bewaffneten Rauffartei-schiffen, Torpedobooten und Tauchbooten besteht. Die Operationen in diesem Gebiete sind nunmehr beendet und sämtliche britischen Mannschaften werden vor Anfang des Winters zurückgezogen wer-den. Die Frage, ob es der Regierung bekannt sei, daß die russische Sozialistische im östlichen Teil der Ostsee eine zunehmende Tätigkeit entwickle, beantwortete Minister Long bejahend. Der einzige Grund, weshalb englische Schiffe in der Ostsee bleiben müßten, sei, zu verhindern, daß die Bolschewiki Streikzüge gegen die Küstenstädte der Ostsee und gegen Finnland unternehmen können und durch die Anwesenheit der Engländer außerhalb sind, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in den Rand-gebieten sicherzustellen, sowie ihre militärische Propaganda weiter auszuüben.

Beerdigung des Sergeanten Mannheim.

H.N. Haag, 24. Juli.

Aus Paris wird gemeldet: Am Mittwoch vormittag fand hier mit großem Pomp die Beerdigung des Sergeanten Mannheim statt. General Mangin, sowie die französischen, englischen, italie-nischen, amerikanischen, belgischen und rumänischen Missionen in Berlin hatten militärische Abordnungen entsandt.

Kein russisches Friedensangebot an Rumänien.

Budapest, 23. Juli.

Nach einer Meldung des ungar. Tel.-Carr.-Bureaus richtete Tschitscherin an Bela Kun einen Botschaft, in dem die von dem rumänischen Großbureau verbreitete Nachricht, Lenin habe der rumänischen Regierung den Frieden angeboten und Bessarabien Rumänien überlassen, als schändliche Lüge bezeichnet wird. Tschitscherin erklärt, daß die bessarabische Sowjetregierung mit der Moskauer Sowjetregierung auch heute verbandelt sei und die Sowjet Bessarabiens ihre Freiheit baldig erobern würden.

Ausperrungen in Skandinavien.

Eigene Drahtnachrichten der „Freiheit“.

Stockholm, 22. Juli.

In Dänemark droht es zwischen den Reedern und Seelenen zum Konflikt zu kommen. Der dänische Unternehmerverband hat aus Angst des letzten Ausstandes beschlossen, ab Donnerstag 30 000 Seemanns und Maschinenarbeiter auszusperrern; ebenso be-schloß der schwedische Unternehmerverband wegen des Streiks der Holzarbeiter bei der Allgemeinen Elektricitäts-gesellschaft 12 000 Werksarbeiter im nördlichen Distrikt auszusperrern.

Genrich. — Von Eduard Studen ist „Die Hochzeit des Adrian Brower“ angenommen worden.

„Gerechtes“ von Stefan Jovic, das in der vorigen Spielzeit noch von der Zensur verboten war, wird jetzt, nach Erlaß dieser Zensur, am Palais-Theater aufgeführt werden.

Aus der Musikwelt. Suzanne Desfont, die gefeierte Sängerin, welche eine der schiefen Familien, begauberndsten Stimmen ihr eigen nennen kann, leider aber seit mehr als sechs Jahren nicht mehr öffentlich gesungen hat, hat ihren fünfzig-ten Geburtstag gefeiert.

Graf Wega Jich' selekt am 23. Juli seinen 70. Ge-burtstag. Obwohl er als Anate von 14 Jahren durch ein Jagd-unglück seinen rechten Arm verlor, wurde er einer der berühm-testen Klaviervirtuosen, indem er alle Werke für die linke Hand allein unarbeitete. Auch als Dichter und Komponist hat er Gutes geleistet.

Der vorläufige Arbeitsausschuss der preussischen Jungledere teilt uns mit: Am 29. und 30. Juli findet in Berlin im Saale des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 16, um 10 Uhr die 1. Vertreterversammlung der preussischen Jungledere statt. Wir rufen alle jungen Kollegen auf, durch rege Teil-nahme die Bedeutung der Tagung zu haben und beehren uns, die älteren Kollegen und die an unserm Geschick anteilnehmenden Ritterschuleute, als Gäste ganz ergebenst einzuladen.

Der Würzburger Studententag, der dieser Tage stattfand, brachte unter anderem eine bedeutungsvolle Ansprache über die soziale Arbeit der Studentenschaft. Dr. Sonnenstein-Gladbach brachte die gesamte Einstellung der Studentenschaft zum Volke freimütig zur Sprache. Seit den Tagen der Burschenschaften der 40er Jahre hätten die Studenten die Verbindung zum Volke im ganzen verloren. Die Einheits-schule bedeute einen der wichtigsten Wege zur Durchdringung dieser Isolation. Heute hätten die Akademiker die Achtung, mindestens das Vertrauen des Pro-letariats verloren. Zukunftsverloren hätten sie sich dieses Vertrauen nicht durch ein rein intellektuelles Volkswirtschafts-bestreben, sondern nur durch eine neue ethisch-pädagogische Ein-stellung. Der Student müsse sich zum Gefühl der Volksgemein-schaft erst erziehen. Die Rede machte tiefen Eindruck.

Die Londoner „Times“ meldet aus Washington: In der vergangenen Nacht haben sich die Regier.-Kräfte wiederholt, diesmal von den Regnern ausgehend, die sich mit Schusswaffen versehen hatten und sich für die Angriffe der Weißen rächen wollten. Um das Kongress-Gebäude, die Bibliothek und das Kapitäl wurde zwischen Weißen und Schwarzen gekämpft. Auch das Hauptquartier der Polizei wurde angegriffen. Auf beiden Seiten gab es eine große Anzahl Verwundete. Truppen mußten zur Unterdrückung der Polizei herangezogen werden. Auch in anderen Orten haben zurückweichende Regiertruppen Aufstände hervorgerufen, die nicht ohne Blutvergießen unterdrückt werden konnten.

Palästina. Die Zionistische Organisation von Amerika teilt mit, daß einhalb bis zweij Millionen Juden von allen Teilen der Welt nach Palästina gehen werden. Man erwartet, daß eine Million aus Rußland kommen wird.

Verbandsrat der deutschen Textilarbeiter. Gegen die Politik des 4. August.

Flauen, 23. Juli.
Die Diskussion über die Berichte gestaltete sich wiederholt sehr hitzig. Abgelehnt wurde, das Verlangen, dem Vertreter der Generalkommission Cohen eine längere Redezeit zu gewähren. Vom Zentralvorstand erklärte Reichelt, daß nachdem der Ausdruck des Krieges nicht verhindert werden konnte, man alles versuchen mußte, die Spitze so gut als möglich zu umschiffen. Cohen fand hier lebhaften Widerspruch, als er die Politik der Generalkommission verteidigte. Gegen den Belagerungsgrund habe man sich deshalb nicht ausgesprochen, weil auch die andere Seite denselben verhängt hätte. Man kann nicht nur eine Seite tadeln. Das Stillschließgesetz war zwar ein Zwangsgesetz und hat uns eingeengt, aber die Ablehnung desselben hätte und andere Kriegsgesetze gebracht. Und so ist das kleinere Übel gewählt worden. Widerspruch und Gelächter erregte, als Cohen sagt, daß der Gewerkschaftsverband der Generalkommission ein Vertrauensvotum ausgesprochen habe. Andere Redner sprachen von der Unzulänglichkeit, die die Opposition an den Tag legt. Man müsse durch Anleihen zu revolutionärem Handeln kommen. Ein anderer Redner sprach sich gegen das politische Mißgeschick aus. Ein politisches Glaubensbekenntnis habe man jedenfalls nicht abzugeben. Von der Opposition wurde wiederholt die Politik vom 4. August scharf zurückgewiesen. Mehrere Redner verlangten zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Textilarbeiter ein kräftiges Eingreifen, damit die Löhne für die Textilarbeiter auf die Höhe der anderen Berufsgruppen gebracht werden. In einem glänzenden Schlusswort legte Jäger noch einmal klar, um was es sich handelt. Wir müssen uns auf den Boden des Klassenkampfes im Sinne des revolutionären Sozialismus stellen. Einheit, Kraft, Stärke und revolutionären Willen wollen wir der Welt zeigen. (Hoher Beifall.) Mit 206 gegen 52 Stimmen wird die folgende Entschließung angenommen:

Der Verbandsrat lehnt die während der Kriegsjahre von den Gewerkschaftsinstitutionen gestählte Politik des 4. August ab. Er verurteilt die Schreibweise des Textilarbeiter und bedauert, daß der Vorstand diese Schreibweise gebilligt hat. Er erwartet von der höchsten Tätigkeit des Vorstandes und der Bekämpfung der Arbeiterposition im Sinne der revolutionären sozialistischen Gewerkschaftsgrundsätze.

Folgende Resolution zur Zwangswirtschaft fand einstimmige Annahme: Der Verbandsrat des circa 870 000 Mitglieder zählenden Textilarbeiterverbandes erhebt scharfen Protest gegen die von einflussreichen Stellen der Regierung erlassene und von den organisierten Textilunternehmern hitzig geforderte Proklamierung der freien Wirtschaft in der Textilindustrie. Er erklärt in der Befestigung der gebundenen Wirtschaftsweise nicht nur eine Schädigung der Interessen des Textilarbeiterstandes, sondern auch eine dauernde Schädigung der Interessen der Gesamtwirtschaft.

Der Verbandsrat fordert zum Zweck der Bekämpfung und aller die Textilwirtschaft hemmenden Kräfte:
1. Sofortigen Ausbau der bestehenden bürokratisch reglementierten Wirtschaftsorganisationen durch Schaffung von Zwangsorganisationen der einzelnen Textilindustriegruppen unter Beteiligung aller in Betracht kommenden Faktoren (Staat,

Währung der Parität.
2. Weitergehende Demokratisierung der Betriebe.
Der Verbandsrat fordert, solange vorstehende Forderungen nicht voll durchgeführt sind, für die Übergangszeit zum Zwecke der Bekämpfung des Scheiterns Stellung der bestehenden Selbstverwaltungskörper der Textilindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der organisierten Arbeiterklasse, Bildung von Betriebsräten und Heranziehung der Betriebs- und kommunalen Arbeiterkreise zu den Kommissionen. In diesem Zwecke Ausprägung der Betriebs- und Arbeiterkreise mit Erweitern des Umfangs und Verpflichtung derselben zu regelmäßiger Berichterstattung an die Reichsstelle für Textilwirtschaft und die in Frage kommenden Reichswirtschaftsstellen.
Ferner fand dieser Antrag Annahme: Die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes lehnt es ab, das von der Generalkommission geschaffene Frauenblatt für den Textilarbeiterverband einzuführen.

Massenentlassungen streifender Telegraphenarbeiter. Drohender Generallstreik.

Wegen Teilnahme am Demonstrationstreffen am 21. Juli sind bis jetzt 267 Telegraphenarbeiter durch die Ober-Postdirektion entlassen worden, obwohl die letztere mit keinem Worte vorher von der Teilnahme gewarnt hatte. Um gegen ein solches Vorgehen Stellung zu nehmen, hatte gestern Abend in den Sophienhallen der Bund deutscher Telegraphenarbeiter, -arbeiter und -Handwerker eine gewaltige Protestversammlung einberufen.
In einer vorher stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung kam man zu dem Entschlusse, es der politischen Überzeugung eines jeden einzelnen zu überlassen, ob er an der Kundgebung teilnehmen wolle oder nicht. Am Dienstag erfolgte dann durch die Ober-Postdirektion kurzerhand die Entlassungen der Streifenden. Aussteilung 7 und Weihenstephan wurden vollständig entlassen. Ein Streifender, der angab, er wäre zum Jamboree gefahren, wurde nicht entlassen. Die Jamboreeaktion des Bundes der Telegraphenarbeiter wandte sich sofort in Drahttelegrammen an die O.-P.-D. und an das Reichswirtschaftsministerium, worin um Rückgängigmachung einer solchen Maßnahme ersucht wurde. Gestern hatten bereits Verhandlungen einer Kommission von Aussteilung 7 mit der O.-P.-D. stattgefunden. Der Vertreter der Bundesleitung, Heiden, wurde zunächst gar nicht zugelassen, erst später rief man ihn ins Verhandlungszimmer, um von ihm die Erklärung zu verlangen, daß die Organisation dafür bürgt, daß in Zukunft politische und andere Streiks unterbleiben. Eine solche weitgehende Erklärung mußte Heiden natürlich ablehnen. Der Ober-Postdirektor sagte dann: Für Beamte und Staatsarbeiter gibt es noch kein Streikverbot. Inzwischen war das Telegramm vom Reichswirtschaftsminister Sieberis eingelaufen in folgendem Wortlaut: Streik der Telegraphenarbeiter ist ein Verbrechen an den Interessen des Volkes und der Republik. Streik ist verboten ohne Verhandlungen und unter Kontraktbruch. Entlassungen daher gerechtfertigt. Für Verhandlungen ist O.-P.-D. zuständig. Wegen Gefährdung des Fernsprechnetzes durch Sabotage in Polizeipräsidium und Reichswehr beauftragt.
Der Redner schloß mit einem Ruf aus die Einzelnen. Nehmt aber nie müde es sich zeigen, ob die Arbeiterklasse geistlich hinter ihren gemahregelten Kollegen steht.
Dann ergriff der hoch und Stettin gewählte Bundessekretär das Wort. Er werde die Maßnahme der Verfassung der Entlassung innerhalb 24 Stunden und die Zahlung des Lohnes seit dem Tage der Entlassung gefordert werden. Es müsse den vorgesetzten Behörden gezeigt werden, daß es noch eine Organisation der Arbeitnehmer gibt. Den bereits nach Aussteilung 7 abkommandierten Kollegen wird bei Gefahr des Ausschlusses verboten, Streikbrecherdienste zu leisten. Werden die Forderungen innerhalb 24 Stunden nicht restlos erfüllt, so wird für die gesamte O.-P.-D. Berlin der Generallstreik erklärt werden. Von der Beamtenklasse wird reichster Ansehung erwartet.
Die Versammlung nahm eine im Sinne der Ausführungen der Referenten gefasste Resolution einstimmig an. Eine weitere Versammlung wird heute Abend stattfinden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Kollegen und Kolleginnen! Wir machen in letzter Stunde noch einmal darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 25. Juli, von 8-6 Uhr nachmittags, Sonntag, den 27. Juli, von 9-12 Uhr nachmittags, und Dienstag, den 29. Juli, von 8-6 Uhr nachmittags die Abstimmung über die Beitrags-erhöhung stattfindet. Die Ortsverwaltung,

Groß-Berlin.

Der Kaffee-Aussland.

In der Nähe des Kollendorferplatzes. Also eine Kaffee- meist von Schiedern, Berlin-W. Damen und ähnlichem ist, vor einem Geschäft, das vor 1914 Delikatessen feilbot, aber feinstoff verlor, steht eine Anzahl Menschen, die Frauen. Ich gebe weiter, um in der Nachbarschaft eine Debatte zu machen. Auch eine Viertelstunde konnte ich wieder die Menge ist inzwischen auf 500 oder 600 Menschen angewachsen. Es wird heftig geredet, Frauenhände werden gegen das Geschwungen, Männer halten entrüstete Vorträge.
Ich erkundigte mich nach der Ursache der Erregung. Kaufmann habe angekündigt, daß er Kaffee zu 6,00 Mark Pfund verkaufen wolle. Nun gebe er aber den Kaffee zusammen mit Dadohst ab, das schon halb verschimmelt sei. Mann, der ungelächert Kaugleibener ist, wirft ein, daß man dann den Kaffee einfach nicht kaufen solle. Er wäre demselben prügelt worden. Die Menschenmasse wächst immer mehr an. Erregung wird immer heftiger. Welchen Ausgang die Sache genommen hat, weiß ich nicht. Ich ging weiter.

Man verhielt die Erregung. Denn nachdem man viel lang Mühenbeide getrunken hat und den Vorkaufslasse überlassen mußte, die 40, 50 oder 60 Mark für das Pfund konnten, möchte man doch jetzt etwas zu 6,00 Mark bekommen, auch ohne die Fugade von halbergeschimmelt. Aber es ist doch zu wünschen, daß die Erregung der Menge nicht nur dann Luft macht, wenn man billigen Kaffee bekommen sondern auch bei anderen politischen Angelegenheiten.
75 Jahre Postoffizier Garten. Am 1. August feiert Berliner Zoologische Garten 75 Jahre. In Rücksicht auf den Zeit seit von jeder Jahrestag angenommen werden.
Eckermünde. Am Sonntag den 23. d. M. fand im Lokal „Zur Mühle“ eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. In der Versammlung wurde die Bildung eines neuen, zeitgemäßen, zu bilden. Dank der Initiative unserer Kollegen konnten wir uns reiflich überlegen. Der Antrag auf die Bildung des Kartells wurde einstimmig angenommen und folgenden Beschlus gefasst: Das alte Kartell ist aufgelöst. Die einzelnen Gewerkschaften, Parteien usw. wählen neue Organe. Die Arbeiterauskünfte der Betriebe sind durch Obsteure vertreten. Diese erhalten sich und Stimme. Das Kartell ist obsolet. Der Geist dieser Versammlung, damit der des neuen Kartells konnte durch nichts befeuert werden als durch den einstimmigen Beschlus, am nächsten Tag der Welt demonstration, die Arbeit ruhen zu lassen.

Lebensmittelkalendar.

Selten. 1 Pfund Mehl (V), 1/2 Pfund mariniertes Hering (1/2), 1 Bager 1 des Konsumvereins steht gefüllter Schellfisch zum Verkauf, 1,70 Mk. pro Pfund zum Verkauf.

Aus den Organisationen.

Feierabendessen. Sonnabend, abends 7 Uhr, findet in Berlin Bürgerhaus eine Mitgliederversammlung statt. Dasselbe werden die Teilnehmerinnen zur Dampfpanne ausgegeben. Im Diercke abends 7 Uhr, im Jugendheim, Schornweberstr. 106 a, Zeugnisausstellung. Vortrag der Genossin Frau Dr. Oberholzgrün.

Bereinstalender.

Mitgliederversammlung. Donnerstag, abends 8 Uhr, Mula Malter Straße 34. Die Regierung schlägt die Doroagrarier. Niederbühnen. Freitag, nachmittags pünktlich 3 Uhr, im Lokal von Böttig, Blankenburger Straße 4. Arbeitslosenversammlung. Doppel lauch über die Regierung und die Arbeitslosen.
Intern. Bund der Arbeitslosen. u. Kriegsgenossen, Ortsgruppe Kollendorf. Donnerstag, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Kollendorfer, Auguststr. 1.
Verb. Arbeiter. „Derke“. Sonntag, den 27. Juli, Stützungsversammlung nach Hohenbünde bei Ecker. 1. Nachmittags-Hohenbünde 6 1/2 Uhr. 2. Ecker-Hohenbünde. Treffs. 8 Uhr. Schief. 1/2.
Internationale Bund der Arbeitslosen. u. Kriegsgenossen, Ortsgruppe Kollendorf. Donnerstag, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Mura-Brauerei, Kollendorf, Straße 2. Zweck: Mitgliederkarte oder Aufnahmekarte.
Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielep, Reichs-Verlagsanstalt „Freiheit“, S. M. b. D., Berlin, - Druck u. Verlagsanstalt und Verlagsanstalt m. b. D. Schiffbauerdamm 10.

Aufruf! Kriegsgefangene Sibiriens.

Angehörige, sendet Adressen, um energisch gegen die Regierung vorzugehen, daß wir auf schnellstem Wege die Heimbeförderung unserer Gefangenen verlangen. Monate vergehen und ohne jede Nachricht. Die lange Geduld ist jetzt vorbei. Wenn jetzt nichts unternommen wird, siechen unsere Gefangenen durch Gram dahin, wir dann auf gleiche Weise. Die Hoffnung müßten wir sonst aufgeben, die Lieben wiederzusehen.

C. Appel
N 39, Müllersstraße 181^{II}

Botenfrauen

In den nachstehenden Speditionen werden sofort eingestellt:
Berlin
Gieseler, Bischofsstr. 99, Döing, Steinwegstr. 23, Hackbarth, Michaelispl. 9.
Potsdam
Dohner, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmerdorf
Flecker, Lindenburgerstraße 34.

Gute Anzüge und Palotots

gibt in sehr guter Verarbeitung zu Exportpreisen von 150. Mark an ab. Verkaufzeit 9-2 Uhr.
Julius Mackner, Neue Königstraße 65

Für Straßenhändler Südfrüchte u. Nüsse

gibt billigst ab
P. P. Adolf Knuffmann, Berlin S. 14, Wallstr. 11
Möbel-Versicherungen
General-Agent Jolles, SO 16, Kaiser-Franz-Ordnungs-Platz 5, II

Dauerwäusche

wird aus-geführt, vergrößert, verkleinert, gerollt.
Born, Ratschberger Str. 7
Kottbuser Tor
Fergengrabenstr. 14, 101

Botenfrauen

stellt ein Preiholt-Spedition Spandau, W. Schläger, Lindenauer 24.
Mein seit 15 Jahren langjähriges Restaurant will ich rühmlichst empfehlen. Zur Übernahme sind 10000 Mk. erforderlich. Wohnung, bestehend aus 2 Fenstern, Glöckchen, 2 Kammern, Badezimmer, Keller vorhanden. Meie monatl. 200 Mk. Carl Kretzer, J. - Baum, Köpenick 1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Frz Müller
Wittenau, Rosenhaier Straße 18, am 22. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. d. M. nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofs Wittenau, aus statt.
Ruhe Beseitigung erwartet.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schraubendreher
Albert Wunderlich
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 152, am 17. d. M. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Süd-Südwest Mieter-Versammlung

in der Aula, Mittenwalder Str. 24
am Donnerstag, 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr
1. Die Regierung schätzt die Hausagravier.
2. Mieteräte.
Redner: C. Uth.
Bermittel haben keinen Zutritt!
Männer und Frauen!
Gefährt in Massen!
Mieterbund Groß-Berlin,
W. Potsdamer Straße 58.
Heil-Anstalt „Löser“
Hänzstraße 9, nahe Alexanderplatz.
Lager- u. Einzahlungsbüro, Licht- u. Finzen-Behandl.



Handwerker
mit und ohne Feuer
Mark 178.-
Ordnung Anweisung
G. Wagner
Köpenicker Straße
Küche, modern
verkauft Haarkleider
Keller.
Kupferarbeiten
Kabel, Lizenzen
die höchsten Preise
Preisver. Str. 13
Telefon Köpenick
Spiralbohrer
zu kalten Preisen
richtig. 17. v. III
Kupferdrähte, Schweiß-
eiserne Installations-
kaut und verkauft
Schönhauser Allee 28
Kunze dauernd
bester aus Welt
Schweißblech zyl. Mühl-
tarieren und Vieh-
Centriermotoren, Reib-
windabaker, Papiere,
batter. Zwick, Berlin
Landsberger Allee 10
Telefon: Alex. 100
Schellack und Lein-
pfl.-wäusche, Kautschuk,
Berlin, Wicliofstr.
Moabit 202.
Fahrräder, Zyklo-
karr. Zahl bleibend
Sackel, Schloß, Schloß,
Schärfenstoffe,
Füllstoffe, allerhand
Gara verk. zu Höchstpreisen
Schneider, Gendarmen-
Platz 10